

Sitzungsvorlage

SV-7-0626

Abteilung / Aktenzeichen

51-Jugendamt/

Datum

27.02.2007

Status

öffentlich

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Jugendhilfeausschuss

29.03.2007

Betreff **Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme**

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Begründung:

I. – V. Aufgrund der politischen Anträge der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen sowie der SPD aus Okt. 2006 ist die Verwaltung des Jugendamtes gebeten worden, das Thema Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme als präventives Arbeitsfeld der öffentlichen Jugendhilfe mit den vielfältigen Facetten vorzustellen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Jahr 2001 das Projekt „Soziale Frühwarnsysteme in NRW“ initiiert. An sechs Standorten wurde der Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems modellhaft von 2001 bis 2004 mit sehr unterschiedlichen Ansätzen erprobt. Die Modellprojekte wurden vom Institut für soziale Arbeit (ISA) aus Münster wissenschaftlich begleitet (siehe Anlage 1 der SV).

Im Januar 2007 hat die Landesregierung NRW ein Handlungskonzept für einen besseren und wirksameren Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht (siehe Anlage 2 der SV). Mit diesem Handlungskonzept will die Landesregierung die Situation und die Rahmenbedingungen von betroffenen jungen Menschen und von handelnden Institutionen in bestimmten Bereichen verbessern.

Auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat im Jahr 2006 verschiedene Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme zum Schutz von Kleinkindern, zur Früherkennung von Risiken und Gefährdungen und Implementierung effektiver Hilfesysteme eingerichtet (Weitere Info´s unter).

In Umsetzung der Ergebnisse zur ersten Erörterung des in der JHA-Sitzung am 29.11.2006 sollen nunmehr unter Berücksichtigung der vorliegenden Unterlagen und den beispielgebenden Modellprojekten die ersten Eckpunkte entwickelt werden, um eine zeitnahe weitere Umsetzung für den Kreis Coesfeld zu ermöglichen.